

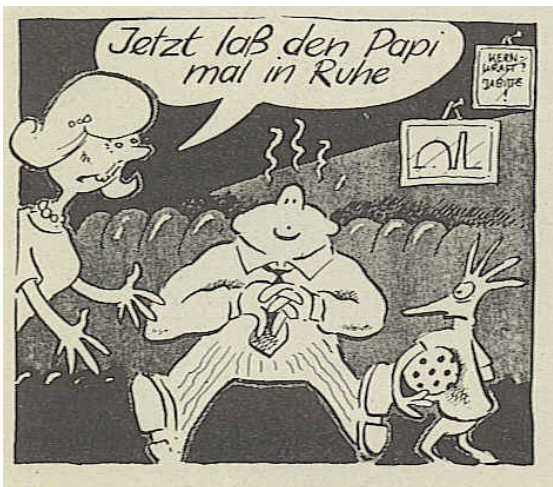
Nachdruck des Kopfes „der funke“ vom Dezember 1988



[der funke extra, online-Ausgabe 01.07.2008](#)
[Nachdruck im Oktober 2017](#)

Von gestern?

Unter den vielen Vorwürfen, die man uns Kommunistinnen und Kommunisten seit Marx' Zeiten macht ist auch immer wieder der zu hören, wir seien „von gestern“. Insbesondere vor und kurz nach dem 9. November 1989 war das oft zu hören, als der Sozialismus als ein für alle mal erledigt dargestellt wurde. Schließlich hätten die Menschen ja mit den Füßen, bzw. den Trabbies, für die soziale Marktwirtschaft gestimmt, die ja längst nichts mehr mit dem Kapitalismus zu tun habe, den Herr Marx seinerzeit vorgefunden und untersucht habe.



Daß die alte BRD u.a. das Schaufenster zum Osten war, dessen Auslagen nach Wegfall des „Ostens“ immer mehr „auf den Prüfstand“ kamen und als nicht mehr zeitgemäß, weil dem Standort Deutschland zu teuer, in die Rumpelkammer verschwanden, dämmerte seither aber nicht nur eingefleischten DKP-Mitgliedern. Wenn angesichts um sich greifender Armut, Verunsicherung der noch nicht verarmten, explodierenden Benzin-, Öl- und Gaspreisen laut Bertelsmann-Stiftung 73% der Bevölkerung die wirtschaftlichen Verhältnisse in der neuen BRD für ungerecht halten zeigt dies, daß in Lebenswirklichkeit und Bewußtsein von immer mehr Menschen der alte Kapitalismus, „befreit“ vom Schokoladenüberzug, angekommen ist. Jene 13%, die zufrieden sind, sind wohl jene 13%, die über 2/3 des gesamten Volksvermögens besitzen. Was ist denn dann von gestern, wenn wir Kommunistinnen und Kommunisten unsere Schlüsse daraus ziehen?

Daß „von gestern sein“ auch heißen kann, sich schon gestern mit den heute wieder drängenden Problemen befaßt zu haben, belegt ein 20 Jahre alter Artikel aus dem FUNKE von Dezember 1988, in dem es schon um die drohende Klimakatastrophe geht, vor allem aber darum, daß immer mehr Menschen sich das lebensnotwendige Quantum an Energie nicht mehr leisten können.

Strompreise ökologisch und sozial gestalten

(Dezember 1988) Kürzlich las ich in der UZ (damals Tageszeitung der DKP) einen Bericht über den Klimakon- greß in Hamburg, Mitte November 88. Was da steht, ist nicht neu, erschreckt mich aber jedes mal aufs Neue:

das Ozonloch wächst, der Treibhauseffekt (Aufheizen der Atmosphäre durch Kohlendioxid als Verbren- nungsrückstand) bedroht weltweit das Klima. Dürrekatastrophen im Süden, sintflutartige Regen bei

uns, Ansteigen der Ozeane - in nur 50 Jahren wird es die Insel Sylt nicht mehr geben - , sieht so unsere Zukunft aus.

Ja, wenn nicht das Wirklichkeit wird, was in Hamburg gefordert wurde: u.a. Verringerung des Kohlendioxidausstoßes um 30% bis zum Jahr 2000 und um 50% bis 2015. Wichtigste Ansatzpunkte: der Straßenverkehr, die Heizungen und die Erzeugung elektrischer Energie. Für mich als Kommunist heißt das aber nicht "Zurück auf die Bäume", sondern der Einsatz neuer, ökologischer Technologie, z.B. im öffentlichen Nahverkehr, bei der Wärmedämmung, Bau von Blockheizkraftwerken etc. Es kann aber auch nicht heißen verteuern der Energie durch kräftiges Besteuern; denn so trifft es erst mal all jene, die von niedrigen Einkommen, Renten usw. leben müssen.

Natürlich muß Energiesparen auch finanziell belohnt werden und Verschwendung bestraft. Als Beispiel dafür, wie es in der Praxis aber umgekehrt ist, fällt mir da meine Jahresabrechnung von den Städtischen Betrieben ein. Hätten meine Familie und ich 10 % weniger Strom verbraucht, dann hätten wir aber nur weniger als 8% der Kosten gespart. Umgekehrt sähe es genauso aus. Sehe ich mir dann die Tarifbestimmungen an, stelle ich fest, daß mein Strom um so teurer wird, je weniger ich



verbrauche. Grund hierfür: die Bereitstellungskosten, umgangssprachlich Grundgebühren genannt. Bei Gas und Wasser sieht das übrigens auch nicht anders aus.

Solche Gebührenstrukturen dokumentieren, daß es den Versorgungsunternehmen letztendlich weniger ums Versorgen als ums Verkaufen geht, daß betriebswirtschaftliche, nicht aber volkswirtschaftliche und ökologische Interessen die Strompreise bestimmen. Dabei weisen die Bilanzen dann nicht mal große Gewinne aus, zumindest was die "Endverteiler" wie die Städt. Betriebe betrifft. Kein Wunder, die Gewinne fließen nämlich als Konzessionsabgabe an die Stadt, an die Eigentümerin. Und beschlossen wird das Ganze so von der Mehrheit der Rathausparteien, die, unter Wahrung des Proporz, die Aufsichtsratsmitglieder stellen. Aufsichtsratsvorsitzender ist der Herr Oberbürgermeister.

Als Anregung dafür, wie auch auf örtlicher Ebene etwas sinnvoll geändert werden kann, haben wir in unserer Partei mal folgendes Denkmittel entwickelt:

Die Städtischen Betriebe berechnen nur noch einen verbrauchsabhängigen Arbeitspreis, die Grundgebühren entfallen. Dieser Arbeitspreis ist für alle Bezieher, privat oder gewerblich, gleich hoch. Sollte sich zeigen, daß die Belastung privater Haushalte, insbesondere von Familien mit Kindern, dadurch stiege, könnte ihnen der Bezug einer an die jeweilige Haushaltsgröße gebundenen Menge elektrischer Energie zu einem Vorzugspreis eingeräumt werden.

Natürlich wird es jetzt 1000 Wenn und Aber geben, die diskutiert werden müssen. Entscheidend ist aber, ob bei der Mehrheit der Rathausparteien der Wille da ist, zu einer Strompreisgestaltung zu kommen, die der Bedrohung unserer natürlichen Lebensgrundlagen Rechnung trägt und dabei soziale Aspekte nicht unter den Tisch fallen läßt.

In die gleiche Richtung gehende Gedanken wurden bezüglich des Wasserpreises auf der SPD-Mitgliederversammlung diskutiert, wo mehrere Mitglieder den Wegfall der Grundgebühr forderten. Zwar war da, soweit ich das in der Presse verfolgen konnte, von einer sozialen Komponente nicht die Rede, aber vielleicht fiel die nur der Berichterstattung zum Opfer.

Daran, in wie weit die Kommunalpolitiker bereit sind, nach dem Bedauern der Umweltzerstörung in Sonntags- und



Wahlreden dann im politischen Alltag vor Ort Konsequenzen zu ziehen, wird man sie vor der Kommunalwahl messen müssen. Auch daran, ob sie bereit sind, sich bei der Strompreisgestaltung mit der Lobby der Energiekonzerne und der Kraftwerksbauer anzulegen, deren Interesse es ist, soviel Strom wie nur möglich zu verkaufen, damit der Profit stimmt.

Volker Metzroth

der funke extra, 07.10. 2017, Zeitung der Bad Kreuznacher DKP. Kontakt und v.i.S.d.P.: V. Metzroth, Postfach 525, 55529 Bad Kreuznach, eMail volker-metzroth@dkp-bad-kreuznach.de, Versand als eMail und Verteilung als Flugblatt in wechselnder Auflage. Weitere Info unter www.dkp-bad-kreuznach.de Die Bad Kreuznacher DKP trifft sich wieder am 16. Oktober um 19:00 Uhr im Wassersümpfchen 23, 55543 Bad Kreuznach, dann wieder jeden 3. Montag im Monat, also am 20. November und 18. Dezember 2017.